

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz

Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Band: 100 (2017)

Heft: 4

Rubrik: International

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Medienmitteilung

Realitätsverlust oder religiöse Verflechtungen beim SRF?

Der Verein «DIGNITAS – Menschenwürdig leben – Menschenwürdig sterben» hinterfragt den Entscheid von Schweizer Radio und Fernsehen SRF, die Fernsehspots von EXIT (Deutsche Schweiz) mit Anita Fetz, Peach Weber und weiteren nicht auszustrahlen. Die Behauptung des SRF, Freitodbegleitungen seien «nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich stark umstritten», zeigt, dass das SRF entweder die Realität nicht kennt oder wegen politisch-religiöser Angst eine von Gegnern der Selbstbestimmung im Leben und Lebensende gerne missbrauchte falsche Behauptung kopiert.

Das Schweizer Radio und Fernsehen SRF lehnte die Ausstrahlung von Fernsehspots von EXIT (Deutsche Schweiz) ab. Freitodbegleitungen seien «nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich stark umstritten» und «die Bewerbung der Freitodbegleitung in den Service-Public-Programmen [würde] einen nicht unerheblichen Teil des Publikums in seinen Gefühlen verletzen». Was dabei auffällt:

Die Spots sind keine Werbung für die Freitodbegleitung, sondern Aussagen für das Recht auf Selbstbestimmung und persönliche Entscheidungen mit Eigenverantwortung im Leben und am Lebensende – Werte, welche EXIT und DIGNITAS seit vielen Jahren hochhalten und gegen paternalistisch-religiös motivierte Freiheitsgegner verteidigen. Die Worte «Freitodbegleitung» oder «Sterbehilfe» kommen in diesen Spots gar nicht vor.

Angesichts von vielen Umfrageergebnissen, die eine Gutheisung von Selbstbestimmung am Lebensende und Sterbehilfe von bis zu über 80 Prozent der Befragten belegen, sowie den Abstimmungsresultaten der beiden kantonalzürcherischen Volksinitiativen «Nein zum Sterbetourismus» und «Stopp der Suizidhilfe!», welche mit wuchtigen 78 respektive 84 Prozent der Stimmen sachlich geschickt wurden, erscheint die Behauptung des SRF, dies sei «gesellschaftlich stark umstritten» als Realitätsverlust. Dass das SRF in «Schweiz aktuell» vom 15. Mai 2011 über die Abstimmungsresultat berichtete, ist da nur ein Detail: Vielleicht hat das SRF auch diese Realität vergessen.

Ebenso realitätsfremd ist die gleichzeitig erhobene Behauptung des SRF, diese Selbstbestimmung sei «politisch stark umstritten». So haben Bundesrat und Parlament nach eingehender Diskussion 2011 respektive 2012 gut begründet dargelegt, der bestehende Rechtsrahmen für die Suizidhilfe sei ausreichend, und der ehemalige Justizdirektor Markus Notter hielt im Zürcher Kantonsrat fest, dass die im Kanton Zürich domizilierten Organisationen – gemeint EXIT und DIGNITAS – korrekt arbeiten.

Die Behauptungen des SRF entbehren somit eines Realitätsbezugs und sind damit für ein Medienunternehmen nicht gerade ein Ausweis für Qualität in der Recherche.

Was noch viel bedenklicher erscheint: Das SRF kopiert mit der Behauptung «politisch und gesellschaftlich umstritten» einen von Gegnern der Selbstbestimmung im Leben und am Lebensende gerne missbrauchten Slogan: Die gleichen Töne hört man aus dem vom katholischen deutschen Moraltheologen Markus Zimmermann-Acklin angeführten Schweizer Nationalen Forschungsprogramm «Lebensende» (NFP 67), welches wegen Voreingenommenheit, Intransparenz und fragwürdiger Projektauswahl, Verfilzung mit religiös-konservativen Kräften, mit Fehlern gespickten Publikationen und Missbrauch von Steuergeldern zulasten des Ansehens des Forschungsplatzes Schweiz seit 2013 in der Kritik steht.

Wollte das SRF es vermeiden, vor der Billag-Abstimmung CVP-Kreise zu verärgern, wie der «Infosperber» fragt? Ob dem so ist oder nicht – es wirft ein höchst ungünstiges Licht auf ein Medienunternehmen, welches in einem säkularen Staat der ausgewogenen Berichterstattung und nicht religiös-tendenziösem Lobbying verpflichtet ist. Nachdem ähnliche TV-Spots von EXIT

KANTON BE Gemeinden sollen «Lies!» verbieten

Die Berner Polizeidirektion ruft die Gemeinden auf, keine «Lies!»-Verteilaktionen mehr zu bewilligen. Das heisst allerdings nicht, dass keine Korane mehr verteilt werden können. Verteilaktionen ohne Infrastruktur von maximal drei Personen sind allerdings nicht bewilligungspflichtig. In diesen Fällen hat die Kantonspolizei laut Polizeidirektor Nause die Anweisung, Personenkontrollen vorzunehmen. «So wissen wir wenigstens, welche Personen hinter der Aktion stehen.»

KANTON LU Datenschutz im Spital verbessert

Wer in einem der Luzerner Kantonsspitäler liegt und Seelsorgebesuch aus seinem Wohnort wünscht, muss dies neu bei der Anmeldung ausdrücklich angeben. Das sorgt bei Gemeindepfarrern der Landeskirche für Unmut. Das Spital verweist auf den Datenschutz.

Datenschutz gilt auch und gerade für Patienten, die sich in einer verletzlichen Situation befinden. Entlarvend im Übrigen auch die Aussage der Pfarrpersonen: Sie schätzen die «niederschwellige Kontaktmöglichkeit» mit ihren – mehrheitlich distanzierten – (Noch-)Mitgliedern.

KANTON LU Romreisli ist offenbar Staatsaufgabe

Der Luzerner Regierungsrat muss doch nicht auf seine Romreise verzichten. Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsparlament segnete die 100'000 Franken teure Reise nach Rom zum «Sacco di Roma» (Vereidigung der Schweizergardisten) mit 77 zu 37 Stimmen ab. Die SP hatte in einem dringlichen Postulat einen Verzicht auf die Reise verlangt.

International

TUNESIEN Freidenkervereinigung gegründet

Die Association des libres penseurs (ALP) Tunesiens ist im Oktober 2017 als erste Freidenkervereinigung im arabischen Raum zugelassen worden. Laut Hatem Limam, Präsident der ALP, waren seit 2016 sieben Anläufe für die Zulassung nötig gewesen, da die Behörden den Antrag zu verschleppen versuchten.

Die ALP will sich für die Laizität in Tunesien einsetzen, gegen den Einfluss islamischer Dogmen auf die Gesetzgebung und für religiounsfreie Bildung und Freiheitsrechte im Allgemeinen.



kapitalis.com/tunisie/2017/10/27/tunisie-les-athees-autorises-a-creer-une-association/

vor sieben Jahren für das SRF noch kein Problem darstellten, muss man sich die Frage stellen, ob viele Jahre nach Trennung von Kirche und Staat die Vertreter paternalistisch-religiöser Kräfte mittels Infiltrierung staatlicher Institutionen und verdecktem Lobbying ihre verlorene Macht wieder zurückholen wollen. Religion ist jedoch Privatsache.

Würden sich die deutlich über 100'000 Mitglieder von EXIT zusammentreffen, könnten sie der «No-Billag»-Initiative vielleicht zum Durchbruch verhelfen ... ■

DEUTSCHLAND Sterben die Scheinriesen aus?

Schon seit 1990 verlieren die beiden Grosskirchen konstant eine halbe Million Mitglieder im Jahr. Bis 2010 ging die Gesamtzahl von 58 auf 48 Millionen zurück. Aber die Gründe veränderten sich. Bis 1995 stand und fiel der Mitgliederschwund mit der Zahl der Kirchenaustritte. Seither wird die Überalterung vor allem in der evangelischen Mitgliederschaft immer auffälliger.

Das verwundert nicht, denn die aus der Kirche Austretenden gehören grösstenteils der Altersgruppe zwischen 20 und 40 Jahren an und in der DDR war 1989 ohnehin die Hälfte der Evangelischen über 60 Jahre alt. Daraus resultiert ein relativ hoher Anteil der Katholiken und Protestanten unter den Verstorbenen und ein deutlich niedrigerer Anteil der Taufen im Vergleich zur Zahl der Neugeborenen. Schon 2010 waren knapp 72 Prozent der Verstorbenen katholisch oder evangelisch, wobei die Zahlen hier nicht ganz einfach zu ermitteln sind. Die Kirchen geben nämlich nur die Zahl der «kirchlichen Bestattungen» bekannt, aber auf die verzichten inzwischen jeder 5. verstorbene Protestant und jeder 10. Katholik – Tendenz steigend. Im gleichen Jahr machte die Zahl der evangelischen plus katholischen Taufen laut damaligen Angaben aber nur 50,8 Prozent der Geburtenzahl aus. (Unter die Rubrik «Taufen» fallen alle bis zum vollendeten 14. Lebensjahr getauften Kinder. Ältere werden den «Eintritten» zugerechnet.)

Daraus ergibt sich für 2010 eine Differenz von immerhin 21 Prozentpunkten zwischen dem Anteil von Katholiken plus Protestanten an den Verstorbenen und dem Verhältnis von Taufen zu Geburten. Zehn Jahre zuvor lag der Unterschied bei nur gut 16 und 1991 gar nur bei 13 Prozentpunkten. Nun liegen endlich die genauen Daten der Evangelischen für 2015 vor. Sie zeigen seit 2011 einen katastrophalen Einbruch beider Kirchen, vor allem aber der evangelischen, bei den Taufen.

Die immer höhere Zahl von in jungen Jahren ausgetretenen Eltern wirkt sich fatal auf die Taufbereitschaft aus. Eine Umfrage des Forschungsinstituts Statista (vgl. «Augsburger Allgemeine», 17.6.2017, Seite 1) belegt die künftige Tendenz: 88 Prozent der Eltern gaben als oberstes Bildungsziel «Höflichkeit und gutes Benehmen» an, gefolgt von «gewissenhafter und ordentlicher Arbeit» (76 Prozent), «guter Bildung» (74 Prozent), «Hilfsbereitschaft» und «Toleranz» (72 bzw. 70 Prozent). Absolutes und weit abgeschlagenes Schlusslicht war «feste religiöse Bindung» mit ganzen 16 Prozent! Damit ist klar, dass die meisten Eltern eine religiöse Erziehung nicht bloss vernachlässigen, sondern ganz bewusst nicht wünschen.

Nun zeigt sich, dass der oberste EKD-Experte für Religionssoziologie und Demografie schon 2005 vor der bayerischen Landessynode mit sehr guten Gründen vorausgesagt hat, dass die evangelische Kirche in nur einer Generation (2003 bis 2030) ein Drittel ihrer Mitglieder verlieren wird. Bei der katholischen wird es zwar «nur» ein knappes Viertel im gleichen Zeitraum sein, aber bisher ist weit und breit kein Indiz in Sicht, das auf ein Ende dieses Abwärtstrends nach 2030 hindeuten könnte. Im Gegenteil: Noch vor 2025 werden die Kirchen unter die 50-Prozent-Marke rutschen und um etwa 2050 werden ihnen nur noch ein Drittel der Bevölkerung angehören.

Unter diesen Umständen sind die beiden «Volkskirchen» schon jetzt nur noch Scheinriesen: Je näher man sich mit ihnen befasst, desto kleiner werden sie.

hpd.de/artikel/sterben-scheinriesen-14759

Humanistische Feiertage im Schulkalender

Wie 2015 bereits in Berlin wird nun auch in Bayern auf Betreiben des Bundes für Geistesfreiheit (BfG) der Welthumanistentag ab 2018 in den interkulturellen Schulkalender aufgenommen.

hpd.de/artikel/erstmals-humanistische-feiertage-erwaehnt-14965

FRANKREICH Das Kreuz muss weg

Frankreichs oberstes Verwaltungsgericht hat im Oktober als letzte Instanz einen seit elf Jahren andauernden Streit um ein Kreuz im bretonischen Dorf Ploërmel entschieden. Über einer acht Meter hohen Statue des früheren Papstes Johannes Paul II. thront dieses Kreuz, das nun innert sechs Monaten entfernt werden muss. Die auf öffentlichem Grund stehende Skulptur des Papstes mit zum Gebet gefalteten Händen darf stehen bleiben. Als Begründung verwies das Gericht auf das Gesetz zur Trennung von Kirche und Staat aus dem Jahr 1905: «Es ist verboten, in Zukunft religiöse Symbole oder Embleme auf öffentlichen Gebäuden und Plätzen anzubringen.» Alle religiösen Symbole aus der Zeit vor 1905 durften bleiben und sind damals in das französische Kulturerbe übergegangen.

Geklagt hatten die Freidenker der Libre Pensée du Morbihan. Sie weisen darauf hin, dass in Paris eine identische Statue ohne Kreuz unbestritten auf öffentlichem Grund steht.



POLEN Säkularer Kongress vereinigt Linke

Am 21./22. Oktober 2017 haben in Warschau alle ausserparlamentarischen linken Parteien die Forderung nach einem säkularen Staat begrüßt und ein entsprechendes Manifest unterzeichnet. Zwei Tage lang wurden verschiedene Aspekte der fehlenden Säkularität erörtert: die Vorherrschaft der katholischen Kirche in der öffentlichen Schule, im öffentlichen Gesundheitswesen, in politischen Entscheidungen z.B. durch Blockierung der Gleichstellung der LGBTQ-Menschen, die fehlenden Rechte der Atheisten, die Einschränkung der Frauenrechte und viele andere Missstände.

Fast alle nach der Wende 1989 entstandenen politischen Parteien hatten in ihren Satzungen irgendwelche Formulierungen über die Trennung der Kirche und des Staates. So gut wie keine, auch nicht die postkommunistischen Sozialdemokraten, hat sich dafür tatsächlich eingesetzt. Keine der aktuell im Parlament anwesenden Oppositionsparteien hat die Einladung zum Säkularen Kongress angenommen – sie wollen nicht öffentlich gegen die Kirche auftreten, um die Unterstützung der Bischöfe in der Wahlkampagne nicht zu verlieren. Für die Säkularen ist das eine ziemlich düstere Perspektive.

Zahlreiche ausländischen Gäste des Kongresses berichteten über die Säkularität in Belgien, Holland, Norwegen, Italien und Lateinamerika, wo die Kirche nicht so mächtig ist wie in Polen, aber immer noch massiv Einfluss ausübt im politischen und gesellschaftlichen Leben.

Der Kongress wurde sowohl von den öffentlichen als auch den kommerziellen Medien vollständig ignoriert. Diese waren hingegen am selben Wochenende zahlreich in Krakau anwesend, wo das neue Oberhaupt des Krakauer Erzbistums vom päpstlichen Nuntius das Pallium erhielt, das Symbol der Einheit mit dem Heiligen Stuhl und der Zuständigkeit des Papsts im Bistum – unter den Gästen der Staatspräsident, die Premierministerin und zahlreiche Minister und Parlamentarier.



Quellen:

hpd.de/artikel/saekularer-kongress-vorbereitung-14088

hpd.de/artikel/saekularer-kongress-vereinigt-linke-14923

Foto nach der Unterzeichnung von Andrzej Wędrychowicz